



Danziger Zeitung.

Nr. 6535.

Die "Danziger Zeitung" erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Ketterhagergasse No. 4) und auswärts bei allen kgl. Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 1 R. 15 Igr. Auswärts 1 R. 20 Igr. — Interate nehmen an: in Berlin: A. Retemeyer und Rud. Moos; in Leipzig: Eugen Fort und H. Engler; in Hamburg: Hasenstein & Vogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co. und die Jäger'sche Buchhandlung; in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhandlung.

1871.

Teleg. Depeschen der Danziger Zeitung.

Angekommen 1 Uhr Nachmittags.

Bordeaux, 15. Febr. Die National-Versammlung nahm heute die Prüfung der Wahlen vor. Der Präsident teilte beim Schluß der Sitzung mit, daß die Kammer morgen zur Konstituierung der Regierung schreiten werde. Derselbe wird die Aufgabe obliegen, Namens der Versammlung in die Verhandlungen über die Kriegs- und Friedensfrage einzutreten.

Teleg. Nachrichten der Danziger Zeitung.

London, 15. Febr. Eingetroffenen Nachrichten auf folge sind 100 Millionen der Pariser Kriegscontribution in französischen Banknoten, 50 in Wechseln auf London und 50 in Berliner Wechseln in Versailles bezahlt worden. Die Pariser Blätter befürchten den bevorstehenden Einzug der deutschen Truppen in Paris; die Mehrzahl derer räth ihren Mitbürgern an, während des Einzuges in ihren Häusern zu bleiben. Die Verheilung der aus England gefangenen Lebensmittel bot in Paris Anlaß zu Unzufriedenheit gegeben — Die Mortalität in Paris ist geringer geworden.

München, 15. Febr. In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer gelangte ein königliches Rezept zur Verlesung, durch welches die Session des Landtages bis incl. 18. d. verlängert wird.

Augsburg, 15. Febr. Die "Allg. Ztg." enthält ein Telegramm aus Genua vom 13. d., welches meldet, daß wegen der beklagten Wiederholung der Unruhen in Nizza ein Bataillon des 47. Regiments und andere Truppen schleunigst nach San Remo und Ventimiglia abgegangen sind.

Brüssel, 15. Febr. Die hier eingetroffene "Correspondance Havas" vom 10. d. meldet, daß der ehemalige Präsident des gesetzgebenden Körpers, Schneider, in Paris eingetroffen ist. Das Pariser Journal "Soir" erfaßt, daß General Chanzy eine Fortsetzung des Krieges für absolut unmöglich erklärt habe. Die Anzahl der ausgesetzten Gefechtschiffe ist auf 140,000 gestiegen. — Wie das "Echo du Parlement" meldet, ist in Algier und den angrenzenden Districten durch ein Decret vom 1. d. der Belagerungszustand erklärt worden.

Brüssel, 15. Febr. In der Repräsentantenkammer erwiederte der Kriegsminister auf eine desfallsige Interpellation, es sei Befehl zur Entlassung aller zu den Fähnen einberufenen Milizen gegeben worden. — Reiseende, welche hier aus Paris eingetroffen sind, versichern, daß daseifst vollständige Ruhe herrsche.

Unsere Interessen im Osten.

Für die Zukunft des neuen Kaiserreichs deutscher Nation wird unmittelbar nach dem Friedensschluß das Verhältnis zu den östlichen Großmächten auf lange hin maßgebend werden. In der unteren Donau und an der Weichsel werden die nächsten großen europäischen Verwicklungen sich knüpfen und lösen, seitdem der Rhein wieder deutsch wurde, und eine mächtige Gebirgs- und Festungs-Barriere gegen den verschöpften, widergeworfenen westlichen Feind unsichert. Warden die neuen Zustände ein Zeitalter des Friedens erkennen, oder stehen uns vielleicht nur schwere Kämpfe bevor? Das ist für jeden über den nächsten Tag hinausdenkenden Deutschen eine nicht mehr zu umgehende Frage.

Sie wäre nicht schwer zu beantworten, wenn

reale Interessen und rubig obwogender Verstand, um von Religion und Sittlichkeit gar nicht einmal zu reden, die Handlungen der Menschen allein, oder auch nur vorwiegend bestimmten, wenn der Polen wie der Privatmann nicht in erster Linie mit Leidenschaften, Vorurtheilen, Erinnerungen und Instinkten zu rechnen hätte. Ein Blick auf die Karte scheint zu genügen, um den natürlichen und nicht zu vermeidenden Weg unserer östlichen Politik erkennen zu lassen. Er zeigt uns die süddeutsche Pauschalierung in seinem ganzen Mittellaufe im Besitz einer Macht deutscher Ursprungs und gemeinsamer, aber stark mit deutscher Elementen verzieter Rationalität, das Mündungsgebiet desselben unter östlicher Scheinhöheit und europäischer Gesamtgarantie von einem deutschen Fürsten beherrsch't, deutsche Capitalien, deutsche Intelligenz und Arbeitskraft in größtem Maßtheile dort in mannigfachste Unternehmungen verwickelt, endlich die großen Weiten des östlichen Europas von einem Weltreiche beherrscht, dessen Handelspolitik den Verkehr der Memel und Weichsel unterbindet, dem die Donauabländer durch einen blutigen, nicht vergessenen Krieg entrissen wurden, dessen überlieferte Politik darauf hinausgeht, europäische Bildung und Arbeitskraft astatischen Prinzipien dienstbar zu machen und die ungeheuren Massen der slavischen Stämme einer despotischen Centralgewalt zu unterwerfen, die ihre schärfste Spize gegen Deutschland zu lehren geradezu gezwungen sein würde. Scheint da noch eine Wahl möglich? Ist Österreich nicht offenbar Deutschlands Bollwerk gegen Südosten? Ist Sicherung und Ausdehnung österreichischer Einflusses im Donaugebiet nicht im augenscheinlichen Interesse deutscher Kultur, Arbeit und Sicherheit? Und wird es nicht über kurz oder lang des Zusammenseins aller Deutschen bedürfen, um den russischen Kolos vom Vordringen nach Centraleuropa abzuhalten und dem Welttheile den Frieden zu sichern, dessen er so nötig bedarf?

Die Antwort auf alle diese Fragen wäre sehr einfach, wenn sich das unberechenbare Element der Leidenschaften und Vorurtheile nicht in die menschlichen Dinge einmischt. Die österreichischen Blätter sind ja in ihrem guten Rechte, wenn sie von Preußens Auftreten im Orient die Probe unserer neuen Freundschaft erwarten und wenn sie über unsere Verhältnisse zu Russland aufgklärkt sein wollen, ehe sie ernsthafte Stellung an unserer Seite nehmen. Aber leider sind Österreichs Antecedentien, und ist die Natur seiner maßgebenden Volker und Staatsmänner der Art, daß wir noch weit mehr Recht haben, wenn wir uns vor jedem entschließenden Schritte zu Österreichs Gunsten zähmen lassen. Es ist eben kein Verlust auf Habsburg, auch nicht auf Herrn v. Beust und auf die ritterlichen Magyaren. Wenn ihre Waffen während dieses Krieges nothgedrungen neutral blieben, waren doch ihre Herzen nur zu sichlich auf französischer Seite. Würden sie der Versuchung eines Misverständnisses zwischen Preußen und Russland widerstehen? Es ist zu wünschen, aber schwer zu behaupten. Und was Russland angeht, ist es schon wahr, daß auch seine Sympathien, wenigstens die seiner nationalen Politiker, französisch waren und daß es Alles in Allem für uns nur ein recht mittelmäßig liebenswürdiges Nachbar ist. Dennoch bleibt die Thatsache bestehen, daß wir während unserer ganzen Geschichte nur einmal die Russen zu Feinden hatten, daß sie uns in unsern schwersten Stunden treue Waffengenährten gewesen sind, daß Russland

während dieses Krieges der eigentliche Schlussstein der europäischen Neutralität war, und daß Russland Vordringen im Südosten uns weniger berührt, als jeden andern Großstaat, während wir die Polen zu gemeinsamen Feinden haben. Das sind Erinnerungen und Erwägungen, die schwer ins Gewicht fallen werden, auch in der Ära des neuen Reiches". Wenn uns nicht alles täuft, so wird die vorsichtigste, lüthliche Befürchtung auf dem ganzen östlichen

Umfange sehr leicht zu machen. Die Sonne unseres Jahrhunderts bedarf der Zeit, um die Errungenen des Ostens zur Reife zu bringen. Hoffen und wünschen wir, daß das neue, siegreiche, in sich gesetzte Reich der deutschen Nation wesentlich dazu beitragen wird, daß nicht unzeitige aufsteigende Gewitter die Ernte verderben. Wir können uns einstellen, ohne die österreichische Intimität ebenso zu helfen wie ohne die russische. Aber an der Achtung und der friedlichen Gestaltung beider Nachbarn muß uns sehr viel gelegen sein. Hoffentlich ist die Zeit noch fern, recht fern, in der es einst nötig sein wird, neben Einem von ihnen Stellung zu nehmen. Kommt sie dereinst, so wird das Ziel der gesammten germanischen Welt wesentlich dabei befehligt sein, daß unser Verstand sowohl als unser Herz es uns gestattet, zu Österreich zu stehen. Das wird aber nur möglich sein, wenn von Stunde an die kühle, gemeinsame Vorsicht unsere Verhältnisse im Osten überwacht. Unser Interesse dort ist auf lange hin die Erhaltung des Friedens, des Friedens beinhalt' um jeden mit der Ehre verteidiglichen Preis. Wir gehen darin mit Österreich und England Hand in Hand. Möge die Leidenschaft und Thierheit der Menschen nie die Garantien zerstören, welche diese Gunst der Verhältnisse in sich schließt: dann kann der schöne Wunsch unserer Kaiserproklamation wohl für eine Reihe von Jahren zur Wahrheit werden.

30. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 15. Februar.

Nach einer Interpellation des Abg. Lauenstein, betr. das Besteuerungsrecht der hannoverschen Städte, folgen Petitionsberichte. Eine Petition aus Westpreußen verlangt ein katholisches Gymnasium für die Kreise Strasburg und Löbau zugleich mit dem Anspruch, daß die bisherigen, die Germanisierung fördernden Vorschriften geändert werden. Die Unterrichts-Commission (Ref. Roepell) beantragt, die Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen mit der Mahnung, daß das neue Gymnasium nicht einen bestimmten confessionellen Character erhalten. Zugleich berichtet Glaser über die Petition des Bürgermeisters zu Löbau um Bewilligung der Kosten für Löbau zu errichtende kath. Gymnasium. Sie beantragt, in Erwähnung, daß nach Auskunft des Regierungs-Commissars die Verhandlungen über die Errichtung eines Gymnasiums schwelen, Tagesordnung. Abg. v. Lyskonski plaidirt für den kath. Character der neuen Anstalt. Die Provinz besitzt nur

7 katholische Gymnasien gegen 6 evangelische, und in den Kreisen Strasburg-Löbau ständen 100,000 Katholiken 27,000 Evangelischen gegenüber. Die Regierung unterhält 750 evangelische und nur 450 katholische Elementarschulen in der Provinz. Das auf den katholischen Gymnasien kein die Deutschen schädigender Missbrauch mit der polnischen Sprache gemacht werde, beweise die starke Querte deutscher Schüler katholischer Gymnasien. — Abg. v. Hennig erklärt sich sehr nachdrücklich gegen die Aussführungen des Vorredners, der seiner Darstellung die vor 2 Jahren eingegangene Petition des Bürgermeisters von Strasburg zu Grunde gelegt hat, der nur deshalb ein katholisches Gymnasium verlangte, weil er fürchtete, daß ein evangelisches nach Löbau verlegt werden würde. Außerdem hat der Redner völlig ignorirt, daß der Strasburger Kreistag mit 20 gegen 13 Stimmen bei dem Könige die Errichtung eines Simultan-Gymnasiums beantragt hat. Höhere Schulanstalten sollen überhaupt keinen confessionellen Charakter tragen. Der Vorredner vergift, daß er, ein Pole, zum ersten Mal den Strasburger Kreis im Landtag vertritt, während bisher nur deutsche Abgeordnete gewählt sind. Allerdings überwiegt die Zahl der evangelischen Elementarschulen in Westpreußen, aber nur deshalb, weil sie von deutschen Gutsbesitzern und Ortschaften auf ihre Kosten errichtet sind; die polnischen Herren haben das nicht gethan, die polnischen Kinder besuchen daher die evangelischen Elementarschulen. Der Vorredner hat die Elementarschulen und die Gymnasien in direkte Beziehung zueinander gesetzt; die Gymnasien werden aber nicht von Elementarschülern, sondern von solchen besucht, die besser vorbereitet sind. Unter den Gymnasialschülern befinden sich 535 jüdische, eine ungemein große Zahl, die für den Bildungstrieb der jüdischen Bevölkerung zeugt, und einen eben so starken Anspruch auf Errichtung jüdischer Gymnasien begründet. Die evangelischen Schüler übertreffen die katholischen fast um die dreifache Zahl, gleichwohl soll man nur Simultan-Schulen gründen, wo die Bevölkerung confessionell gemischt ist; denn die Wissenschaft ist nicht katholisch, nicht evangelisch. — Referent Roepell: Die Ausgleichung der verschiedenen Interessen muß nach der inneren Gerechtigkeit der Forderungen bemessen werden. So weit es sich um den Gegensatz der katholischen und evangelischen Bevölkerung in denselben Kreisen handelt, gibt es kein anderen gerechten Ausweg, als die Errichtung von Simultan-Schulen. Die Regierung sagt uns zwar, die Bevölkerung wolle solche Schulen nicht. In Posen sind unter dem Ministerium Wöhler drei Simultan-Schulen zu Gymnasien ausgebildet worden, und die Bevölkerung beider Confessionen, Lehrercollegien und Schüler gehen friedlich nebeneinander. In den Real-Schulen ist das Simultanverhältniß so abgeschwächt, daß man gar nicht mehr zählt, ob der Director evangelisch oder katholisch ist, ob 4 Lehrer katholisch oder 5 evangelisch sind. Wenn sich also erfahrungsmäßig der confessionelle Character in diesen Anstalten später nicht mehr entwickele, nachdem er statutenmäßig von vornherein ausgeschlossen ist, wie kann man da mit dem Regierungs-Commissar sagen, daß ein Simultan-Gymnasium der Erziehung der Kinder schädlich sein werde? Werden die Kinder in den Real-Schulen nicht auch gut erzogen? Warum soll das Gymnasium allein confessionell sein? Mr. v. Wöhler hat kürzlich selbst gefragt, daß die historische Entwicklung, welche Staaten mit gemischt der Bevölkerung

High life und Brannwein.

Alt-England kann seine Fatalität nicht mehr loswerden. Die Tige Lord Feuerbrand's, wo das Silkruszel des Loparden ganz Europa nervös zu machen im Stande war, sind längst dahin, und in der hohen Politik sieht es jetzt zweitens recht mühslich aus. Der jugendliche Nachwuchs der Aristokratie und Gentry gefällt sich in allerlei unliebsamen Seitenpraktiken, und nun fangen auch die "Ladies" an, auf garstige Abwege zu gerathen. Die neuen Damen Englands trinken Schnaps! How shocking! Bei der hochgradigen Pruderie der englischen Damer Welt sollte man so etwas für unmöglich halten. Aber leider ist es nur allzu wahr. "Saturday Review", die einst, gebiegte Wodenstrüfe, hat gegen den Drawing-room-alcoholismus, zu Deutsch: den Schnaps im Salon, ihre gewichtige Stimme erhoben. Mit der Sache hat es also seine Richtigkeit.

Dass das starke Geschlecht in England von seher zu den soliden Trinkern gehörte, ist allgemein bekannt. Klama, Lebensweise und althergebrachte Sitte haben diesen Gebrauch geheiligt. Es sind aber Männer die ihm huldigen, Leute, die gleich Dr. Faust bereits "manchen guten Trunk gethan haben" und mit den Geistern des Sherry und Port schon fertig zu werden wissen. Anders sieht es jedoch mit dem Trinken der Frauen aus, das Laster ist neueren Datums. "Den Leidinnen unserer Gesellschaft", sagt "Saturday Review", "bleibt es vorbehalten, jenes Vorrecht des starken Geschlechtes auch für sich in Anspruch zu nehmen." Bissher hat man die fatale Angelegenheit möglichst verdeckt. Aber ob und zu mahnt doch ein kleiner Scandal so manchen Pharisee daran, daß Dom Alkohol sich wieder ein weibliches Opfer aus den "hochgeborenen und guterzogenen" Klassen zum Opfer außersehen hat. "Die Aermste wurde, völlig betrunken, durch ihre Freunde von dem Balje weggebracht", heißt es dann, oder: "Man hätte ihr wirklich nicht erlauben sollen, zu Pferde zu steigen, da sie kaum im Stande war, sich im Sattel zu halten".

Das Ubel muss übrigens bereits sehr bedeutende Dimensionen angenommen haben, denn die "Review" meint, "man könne nicht wenige Fälle aus der letzten

Zeit aufzählen, bei denen Mütter von Mayfair und Schönheiten von Belgravia die Rollen der Heldeninnen spielen. Wie traurig, wenn Mrs. A. durch ihre Trunkenheit den Frieden des Hauses vernichtet und zuletzt in völligen Blödsinn versinkt, wenn Lady B. sich und ihre Kinder ins Unglück stürzt, indem sie Vermögen, Freunde und Ehre durch ihre sorglosen Finger gleiten läßt." Das Trinken ist bei diesen Damen zur Alles beherrschenden Leidenschaft geworden. Die Schläueiten der Verliebten erscheinen arm im Vergleich mit der List, womit ein solcher weiblicher Trunkenbold der vornehmen Welt seine Nazisias gegen den Keller aufzählt, seine Parfümflaschen mit Brannwein füllt und Beziehungen mit dem nächsten Schnapsladen eröffnet. Sie besticht, lägt und fliebt, opfert Stand, Ehre und die Liebe derer, die ihrem Herzen nahe stehen, um sich das Reizmittel zu verschaffen, welches ihr durch den Trunk bereits zerrissenes Nervensystem gebietet. Die Trunkenheit ist eine Art, womit ein solcher weiblicher Trunkenbold der vornehmen Welt seine Nazisias gegen den Keller aufzählt, seine Parfümflaschen mit Brannwein füllt und Beziehungen mit dem nächsten Schnapsladen eröffnet. Sie besticht, lägt und fliebt, opfert Stand, Ehre und die Liebe derer, die ihrem Herzen nahe stehen, um sich das Reizmittel zu verschaffen, welches ihr durch den Trunk bereits zerrissenes Nervensystem gebietet.

Die Erscheinung selbst, fügt Sauer in der "N. Fr. Pr." den Ausführungen der "Sat. Rev." hinzu, ist eine so auffallende und noch nicht dagewogene, daß man sich unwillkürlich fragt, wie etwas einer Gesellschaft möglich ist, die von jeher auf ihre Sittenreinheit und ihren feinen Ton so stolz war. Das medizinische Organ "Lancet" sucht die Schuld den Arzten in die Schuhe zu schieben. Sie sollen die feinen Damen durch das allzu häufige Verschreiben von alkoholhaltigen "Stimulantien" zum Trinken verleitet haben. Der Schloß voll "Brandy", der als Reizmittel verordnet war, mag so gut geschmeckt haben, daß noch ein zweiter und dritter beigegeben wurde. Rechnet man noch hinzu, daß der Alkohol auf den weiblichen Organismus nicht so rafch wirkt, wie auf den männlichen, die verdecklichen Folgen somit auch langsamer zu Tage tre-

ten, so dürfte sich hier und da wohl die "Medizin" im Laufe der Zeit als "Gift" entpuppt haben. Und wie kommt es, daß gerade die World of fair ladies, die Damen der well-born and educated classes sich auf diese Weise von ihren Aerzten zum Trinken verleiten lassen, und warum geschieht etwas Lebhaftes nicht auf dem Continent? Unsere Damen haben doch auch Nerven. Hunderte und Tausende von ihnen verschreiben sich bei irgend einem kleinen Unwohlsein wohl auch ein Gläschen Rothwein oder einen Liqueur; sie trinken bei Tische Bier oder Wein, wie die Männer und doch ist eine "Trinkerin" sogar in unseren unteren Schichten eine Seltenheit und den Frauen der höheren Stände ist das Laster des Trunkes geradezu unbekannt. In Old-England müssen also noch ganz andere Umstände mitwirken, um ein derartiges Resultat hervorzubringen.

Die englische Gesellschaft, einst so festgegliedert, daß man sie, mit Marryat, wohl mit einer Pyramide vergleichen durfte, zeigt seit einiger Zeit ganz aufsässige Anzeichen von innerer Lockerung, wenn nicht geradezu von Verfall. Nach Dickens und Thackeray verbreite sich gleich einer Epidemie der geistlose, nur auf den größten Sinnenspiel berechnet Sensationsroman und zwar in einem solchen Maße, daß jene Meister fast vollständig verbrängt. Die Lady in ihrem Drawing-room wie die Köchin in ihrem Küchenstübchen verschlagen mit fanatischer Gier die Sensation-novels. Merkwürdigerweise ist diese Sorte von Literatur vorwiegend von Damen geschrieben und das Gros ihres Lesepublikums besteht ohne Zweifel auch aus Frauen. Diese Romane sind nicht pikant oder lasciv, sondern arbeiten nur mit groben Mitteln auf grobe Effecte. Ihr Gebiet ist vorwiegend das Verbrechen. Sollte das größte unter den Lastern, die Trunkenheit, nicht in einem gewissen wahlverwandtlichem Rapport zu dieser Sorte von Literatur stehen?

Der englische Reviewer will die Ursachen darin finden, daß durch die Maschine den Frauen ein großer Theil ihrer Arbeit abgenommen wird. "Müßiggang ist aller Laster Anfang", sagt das Sprichwort und auch bei diesem Laster mag der Müßiggang eine gewisse Rolle spielen. Als zweite Ursache führt er den

Mangel an religiösem Bewußtsein an, welcher an die Stelle christlichen Pflichtgefühls getreten sei. Ein schmeichelhaftes Zeugnis für die vornehme englische Hochclique, wenn gerade die ihrer Döhre besonders anvertrauten feinen Damen statt zur Bibel zur Schnapsflasche greifen! Das verhinderte, geistlose englische Kirchenwesen mit seiner entseelischen Langeweile ist freilich nicht im Stande, einem weiblichen Gemüthe die gewünschte Erfriedigung zu gewähren. Aber deshalb brauchen die Ladies eine solche doch gerade nicht im Alkohol zu suchen! Die eigentliche Ursache ist eine "Trinkerin" sogar in unseren unteren Schichten eine Seltenheit und den Frauen der höheren Stände ist das Laster des Trunkes geradezu unbekannt. Die englischen Mädchen werden nicht zu künftigen Hausfrauen und Müttern, sondern zu seinen Damen erzogen. Ein solches pädagogisches Produkt hat nur Sinn für Bänder und Spitzen, seine Lebensaufgabe ist Unterhaltung und Vergnügen. Pflichtgefühl, Sinn für den Ernst des Lebens sind diesen fair ladies unbekannte Dinge. Ist es zu verwundern, wenn ein englischer Schriftsteller klugend ausruft: "Wir nehmen deutlich eine moralische Erziehung bei unseren Frauen wahr, und zugleich damit eine ganz neue Art von ungewöhnlicher Leichtfertigkeit (recklessness) in Gegenwart von Männern. Wir beschlagen eine vorwiegende Ruheth nicht nur des Benehmens, sondern auch der geistigen Aufschauung und des Strebens bei unseren Frauen, und wir sind manchmal versucht, die Zeit Nell Gwynne's und Madame de Pompadour's dem gegenwärtigen Durcheinander unserer leidenschaftlichen (daredevil) Weiber und unverschämten Jungfern vorzuziehen."

Die riesige Entwicklung aller materiellen Hilfsquellen des Landes, das in seiner abgeschlossenen Lage von den politischen Stürmen nur indirekt berührt wurde, hat den Reichtum Englands in colossalem Maßstabe vermehrt. Hier heißt es fest mit eingreifen, wenn man von den Ereignissen nicht überholt sein will. Die Frauen, ganzlich außerhalb des materiellen Ringens stehend, bleiben sich selbst überlassen. Ohne jenen festen inneren Halt, den nur eine gute

rang geschaffen, ein Burgleben auf die bereits längst aufgebene Stellung der Kirche zur Schule zur Unmöglichkeit gemacht habe. Seit der französischen Revolution hat die Weisung der Confessionen alle Provinzen durchdrungen und indem das Haus den exklusiven Charakter der Schulen abstreifen will, erkennt es die große Wendung in den Geschichten Deutschlands an, daß Katholiken und Protestanten nach langem Hader sich die Hände reichen, daß sie nicht mehr einseitig auf ihrem Recht bestehen und sagen: weil wir hier 1000 Glaubensgenossen haben und Ihr nur 800, darum muß die Schule uns gehörten und nicht Euch. (Lebhafter Beifall.)

Der Antrag Glaser's auf Tagesordnung wird in namerlicher Abstimmung mit 153 gegen 149 Stimmen angenommen. (Dafür stimmen Polen, Katholiken, die Rechte und ein Theil der Freiconservativen.) Der Antrag der Unterrichts-Commission, die ein Simultan-Gymnasium empfohlen hat, ist damit bestiegt. — Nächste Sitzung Donnerstag.

9. Sitzung des Herrenhauses.

am 15. Februar.

Berathung des hannoverschen Schulgesetzes. Minister v. Mühlner: Die Commission hat sich für Verwerfung der Vorlage entschieden. Von ihr wird ausgeführt, daß die Schule eine gemeinschaftliche Anstalt des Staates und der Kirche sei und darum eine Aenderung in diesem Gebiete nur mit Zustimmung beider Factoren vorgenommen werden könne. Eine berechtigte Beeinflussung der Schule wird der Staat immer der Kirche einräumen, ebenso aber steht das juristische Eigentumrecht nur dem Staat zu. Es kommt darauf an zu bestimmen, wie weit das Recht der Kirche nach Art. 15 geht. Schon in der Verfaßung von 1848 hat entschieden die Abfahrt obgewaltet, an Stelle der Constitutio einer Schulbehörde eintreten zu lassen. Zwei Grundprinzipien stehen sich gegenüber: daß eine in unseren alt-preußischen seit 1808 in vollster Ausführung begriffenen Traditionen; Prinzipien, die durch alle unsere Gesetzgebungen gleichmäßig hindurchgehen; darf gegenüber steht die Auffassung, welche als eine für Hannover eigenständliche bezeichnet ist. Die Einrichtung, die jetzt auf Hannover ausgedehnt werden soll, hat im alten Preußen seit mehr als 60 Jahren die besten Früchte getragen. Von einer Entchristlichung der Schule, von der Säcularisation des Schulvermögens, Aufhebung des confessionellen Characters ist bei uns nie die Rede gewesen, unsere heutigen Schulen, verglichen mit denen von 1808, haben wahrscheinlich nicht an christlichem Gehalte verloren. Die katholische Kirche gesteht eben dem Staat absolut kein Recht zu und kann es nicht. Es bleibt hier nichts übrig, als daß sich der Staat die ihm zuliegenden Rechte nehme und dazu ist die Gesetzgebung da. Ich kann nicht glauben, daß das Herrenhaus, welches dazu berufen ist, den Staat zu stützen auf den Grundlagen unseres preußischen Staatsrechtes, in einer so wichtigen Frage von seinen Prinzipien abgehen könnte. — Abg. v. Kleist-Röbel: Der durchaus entzückende Grund gegen die Vorlage liegt darin, daß die ganze bestehende, gute und bewährte Organisation des hannoverschen Schulwesens bestiegt werden soll, ohne daß irgend welches praktische Bedürfnis dazu vorliegt. Man sagt, das Verhältnis des Staates gegenüber den katholischen Schulen bedürfe einer Aenderung. Es wird auf die alten Provinzen hingewiesen, wo die Leitung des Schulwesens bei den Regierungen sei. Mir ist ein solches Prinzip im preußischen Staatsrecht durchaus unbekannt, ich kann das Vor gehen der Regierung nur motiviert finden durch die Sicht nach bareaufkrischer Gleichmacherei. — Seit 1848 ist unsere Regierung und weitaus voran unser Cultusminister bemüht gewesen, die zerstörenden Tendenzen dieses Jahres durch eine gefundene Reaction unschädlich zu machen. Freudig begrüßten wir die Regulative. Nun will man in Hannover eine nur staatliche Behörde die Schule beeinflussen lassen. Wohl ist unter unserer gesegneten Verwaltung von dieser Auffassung nichts zu fürchten, aber denken Sie sich einmal an der Spize der Unterrichtsverwaltung andere Männer als v. Mühlner und Stiehle und vergewaltigen Sie sich die Gefahr, daß an die Stelle des Christenthums die sogenannte Humanität tritt! Sollen Zuständen aber werden durch die Vorlage die Wege gebahnt, es wird erleichtert, die christliche Schule zu verwüsten und zu vernichten, und dazu dürfen wir auch nicht mit einem Spatenstich verhelfen. Denken Sie auch daran, daß wenn der Kirche ihr Recht geraubt, daß die Commune allmächtig wird,

die Commune, welche nur zu häufig die confessionelle Schule hält und der confessionlosen das Wort redet. Denken Sie an alle diese Gefahren! Es ist aber auch Hannover durch ein königliches Wort verbürgt, daß ihre berechtigten Eigenthümlichkeiten gewahrt bleiben sollen. Viele Anfeindungen haben wir nach 1866 in Hannover zu klagen gehabt; aber die Ereignisse von 1870 waren der Art, daß man mit heiligem Dank gegen Gott hoffen darf, daß die Widerstimmungen in Hannover ganz verschwinden werden. Um so mehr hätte auch unsere Regierung freundlich, wohllöwend und väterlich der Provinz Hannover gegenüber treten und sie nicht durch Vorlagen betrügen sollen, welche nur neuen Schmerz und Gall hervorrufen müssen. Sie, daß die Gefahr der Entchristlichung des Staates sehr groß ist, daß daher alle Ursache da ist, die Omnipotenz des Staates zu schmälen, um das erste Heiligtum unserer Familie, um die Erziehung unserer Kinder im christlichen Glauben uns zu retten und zu bewahren. (Bravo!) Risch (Stadtdirektor in Hannover): Durch die Vorlage wird die Entwicklung der Schule in Hannover in keiner Weise gefährdet. Die competenten Stimmen Hannovers haben sich auch für dieselbe ausgesprochen, dagegen hat die hyperorthodoxe Partei sich geäußert und diese werden Sie doch wohl nicht mit der öffentlichen Meinung identifizieren wollen. Man hat die Schule die Tochter der Kirche genannt; ich acceptiere diese Bezeichnung, glaube aber, daß sie stark genug ist und des Gängelandes tec Mutter nicht mehr bedarf und bitte Sie daher, der Vorlage Ihre Zustimmung zu geben. — Graf Borries: Ein Bedürfnis zur Aenderung liegt nicht vor, das Volksschulwesen in Hannover ist vielmehr als ein eins anerkannt. Man muß auch die Kirche hören, nicht bloss die politische Vertretung. Bei Annahme der Vorlage wird in Hannover das Misstrauen sehr wachsen und gerade das Herrenhaus kann doch nur daran gelegen sein, eine Verbindung Hannovers mit Preußen herbeizuführen. — Graf Stolberg (Vorpräsident von Hannover) bittet für das Gesetz zu stimmen im Interesse des Friedens zwischen Staat und Kirche und im wohlgemeinen Interesse für Hannover selbst. Lehnen Sie das Gesetz ab, so ruhen Sie die Verantwortlichkeit auf sich für die Constitutio, die aus der Fortdauer des bisherigen Zustandes hervorgehen müßten, denn der Staat kann sich seines Überaufsichtsrechtes über die Schule nicht begeben. Nehmen Sie aber das Gesetz an, so schaffen Sie eine klare Abgrenzung der beiden seitigen Gebiete, welche es jedem Theile zur Pflicht machen, das Gebiet des anderen Theiles zu respektieren. (Beifall). — Professor Dernburg will für die Vorlage stimmen vom Standpunkte des Rechts und der Opportunität. Es ist unbegreiflich, wie von Seiten des Herrenhauses eine andere Politik befürwortet werde, als sie die Regierung befolgt. Das Herrenhaus habe bei dieser wichtigen Frage zu wählen, ob es sich unter die Anführung des Grafen Borries stellen oder ob es sich der Leitung des Grafen Bismarck anvertrauen wolle. — Kleist-Röbel protestiert gegen diese Parallele, (Beifall), worauf Dernburg erwidert, daß er nur gesagt habe: in dieser Frage. Bei der Abstimmung wird der erste Satz des § 1, welcher die Zuständigkeit der hannoverschen Constituteien in Volkeschulwesen auf die Landdrosteien überträgt, abgelehnt. Der Cultusminister bittet die Fortsetzung von der Tagesordnung abzuziehen, indem er sich für Morgen über die event. Zurückziehung des Gesetzes Mittheilung vorbehält. Nächste Sitzung Donnerstag.

Deutschland.

* Berlin, den 15. Februar. Die Unterstützungswohlfahrt-Commission des Herrenhauses hat Montag und Dienstag die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses geprüft. In mehreren Punkten haben diese Beschlüsse Änderungen erfahren, welche zusammengestellt, noch dies Nachgedruckt und morgen vertheilt werden sollen, worauf dann das Herrenhaus in der Plenarsitzung am Donnerstag sich schlüssig machen soll. Die Vorlage würde dann noch am Donnerstag Abend ans Abgeordnetenhaus zurückgelangen, die Commission würde sich damit Freitag beschäftigen und spätestens am Sonnabend würde das Schicksal des Gesetzes entschieden sein. Man hofft auf Verständigung. Die wichtigste der von der Herrenhauscommission beliebten Änderungen ist, daß bei der Vertheilung der Amenlast auf die Theile der Samtgemeinverbände die Grundsteuer nur zur Hälfte genommen

zu werden soll, während bei der Vertheilung der Post auf die Theile des Landesverbandes der Vorschlag des Abgeordnetenhauses accepptirt ist. — Die "Provinzial-Correspondenz" äußert sich über den mutmasslichen weiteren Verlauf der Ereignisse in Frankreich folgendermaßen: „Vermutlich wird die Versammlung zunächst einen Regierung-Ausschuss von einigen Personen erwählen, welcher sich mit dem deutschen Hauptquartiere über die Friedensbedingungen in sofortige Verhandlungen zu setzen haben wird. Sobald eine bestimmte Aussicht auf die Verständigung über die unerlässlichen Grundlagen des Friedens vorhanden ist, dürfte eine Verlängerung des Waffenstillstandes Bewußt der definitiven Friedensverhandlungen eintreten. Die Nationalversammlung wird alsbald voraussichtlich von Bordeaux nach Paris verlegt werden. Nur in dem unwahrscheinlichen Falle, daß die französische Volksvertretung sich der unausweichlichen Notwendigkeit des Friedens und den Bedingungen derselben verschließen sollte, würden mit dem Ablauf des Waffenstillstandes die Kriegs-Operationen sofort mit voller Energie wieder beginnen, und für den äußersten Fall sind Seiten unserer Heeresleitung alle Vorbereitungen getroffen, um einige der bisher vor Paris verwandten Armeecorps alsbald in erster Linie nach Westen und Süden verweben zu können. Doch ist die volle Zuversicht begründet, daß dieser Fall nicht eintreten werde, daß vielmehr unsere Truppen in nicht langer Zeit vorbereitet den Weg in die Heimat werden antreten können. — Die neue von Bismarck bezeichnete Grenzlinie beginnt, der „Ost-Bdg.“ aufzugehen, an dem Grenzpunkte von Belgien und Luxemburg, geht über Audun-le-Roman, Andechs, Bries, Corfians, Chambly, vier deutsche Meilen über Mois hinaus, von Cormy südlich, indem sie den ganzen Ober- und Unterhain, fast die ganze Mosel, den dritten Theil der Marne und teilweise Doubs und Bogen amneint.

Nach verschiedenen Ausführungen in parlamentarischen Kreisen — schreibt die „B.- und H.-B.“ — dürfte die Stellung der Seehandlung zu den Geschäften des Finanzministeriums einer wiederholten Erörterung unterzogen werden. Den Anlaß hierzu scheint die Auseinandersetzung des Ministers Campenhausen gegeben zu haben, wonach er die Auffassung vertritt, der Präsident der Seehandlung habe die Verfassungswidrigkeit von Finanzoperationen zu wenden, um über die Vertheilung der Kriegscontributions zu berathen und zu beschließen. Das Dekret Gambetta's vom 26. Dezember 1870, welches die Generalinstructionen seien momentan ungültig. Be gleicht bestätigt Lord Granville, daß sowohl Palmerston wie Clarendon der Neutralisierung des schwarzen Meeres geringe Bedeutung beigegeben haben, seitdem die Pforte im Besitz einer großen Flotte sei. Weitere Auslassungen bezüglich der Konferenz verzögerte der Premier zu geben. (W. T.)

— 15. Febr. Graf Bismarck hat das Ansuchen Gladstones um Mittheilung der Friedensverhandlungen rundweg abgelehnt. — Prinz Napoleon ist von Brüssel hier zurückgekehrt, um dauernd hier seinen Aufenthalt zu nehmen. (B. B.-C.)

England.

* London, 13. Febr. Von Seite zu Seite erfährt das erstaunte Publikum Englands, daß es noch immer so glücklich ist, in aller Form Staats-Kriegsergebnisse zu besitzen. Am letzten Sonnabend hat der Lordkanzler wieder ein Urtheil darüber zu fällen gehabt, ob Charles Buxley, ein Geistlicher der Hochkirche, den rechten Glauben habe oder nicht. Der Erzbischof von York hatte denselben der Lekelei angeklagt, weil er nicht an die Erbsünde, an den Opfergeist Jesu, an die Dreieinigkeit n. s. w. glaube. Und der Lordkanzler hat erklärt, daß wenn Buxley nicht wideruft, er nicht mehr der Staatskirche angehört. Die liberale englische Presse macht sich mit Recht über das veraltete Gesetz lustig, nach welchem Buxley, wenn er so unehrenhaft ist, seine wahre Meinung zu äußern — er wird es in diesem Falle nicht tun — in allen Ehren Lehrer der Hochkirche bleiben kann.

London, 14. Febr. Im Unterhause erklärte E. Field auf die Interpellation Smith's, daß Graf Bismarck versprochen habe, für den Schaden der bei Duclair versunkenen englischen Schiffe aufzukommen, sobald das Resultat über die eingeleiteten Untersuchungen festgestellt ist. — Im Oberhause erwiederte Lord Granville auf die Interpellation Tatins, daß die Commission von amerikanischen und englischen Mitgliedern niedergelegt sei, welche sämtliche schwedenden Streitgegnen erläutern werden, damit ein Schlussoptag zu Stande komme. Die Veröffentlichung der den Mitgliedern der Commission erzielten Instructionen seien momentan ungültig. Be gleicht bestätigte Lord Granville, daß sowohl Palmerston wie Clarendon der Neutralisierung des schwarzen Meeres geringe Bedeutung beigegeben haben, seitdem die Pforte im Besitz einer großen Flotte sei. Weitere Auslassungen bezüglich der Konferenz verzögerte der Premier zu geben. (W. T.)

— 15. Febr. Graf Bismarck hat das Ansuchen Gladstones um Mittheilung der Friedensverhandlungen rundweg abgelehnt. — Prinz Napoleon ist von Brüssel hier zurückgekehrt, um dauernd hier seinen Aufenthalt zu nehmen. (B. B.-C.)

Frankreich.

Die Mitglieder des Generalrathes des Departements der Seine und Oise sind von den preußischen Behörden unter dem 9. d. zu einer außerordentlichen Sitzung für den 14. d. einberufen worden, um über die Vertheilung der Kriegscontributions zu berathen und zu beschließen. Das Dekret Gambetta's vom 26. Dezember 1870, welches die Generalrathäufigkeit habe, sei für die von den Deutschen besetzten Departements nicht gültig. Gambetta wird einstweilen in Bordeaux bleiben; er hat sich nicht neben dem amerikanischen Consul mitzutragen haben würde.

—

In Sachen des Handelsvertrages mit Frankreich, sagt die „Schl. Bdg.“, würde man auf deutscher Seite bei dessen Erneuerung sicherlich gerufen auf liberaleren Grundlagen abschließen als dies 1862 möglich war. Hier wird man sich aber auf den jähren Widerstand vorbereiten müssen, welchen die in Frage kommenden Interessen entgegenstellen pflegen. Die Reform wird auch in Frankreich einmal zu Durchbruch gelangen, aber schwerlich schon in naher Zeit. Vorläufig wird der Handelsvertrag einfach neuert werden.

—

Über den Anteil des Kaisers an der Umgestaltung der preußischen Artillerie nach 1866, berichtet die „Wes.-Bdg.“ folgendes: Militärischerseits weiß man, daß dieser gewaltige Krieg wieder eine vorzülliche Schule für unsere Offiziere gewesen ist und wie man sofort rastlos arbeitete seit dem österreichischen Kriege, bis man dort gewahrtene Mängel beseitigt und die an den anen Erfahrungen bungen, sich fertig gemacht hatte, so wird es auch jetzt geschehen. Ich kann Ihnen berichten, daß die Nachgiebigkeit in der Legionsburger Affäre den einfachen Grund hatte, daß unsere Artillerie erst vollständig um- und neu geschaffen werden mußte, ehe wir Frankreich entgegentreten konnten. Es ist gerade das hohe Verdienst des Kaisers, daß er nach dem österreichischen Feldzug unumwunden die Wahrheit gesagt zu hören wünschte. Da war es, daß einer unserer bedeutendsten Artilleroffiziere, vorgenommen zum Rapport über diese artilleristischen Leistungen über vielmehr glänzende Etwärfungen, offen erklärte: „Majestät, unsere Waffe hat gar nichts geleistet; selbst wenn wir in das Feuer der österreichischen Geschütze hineingingen, erreichten die Kugeln unserer Glattkanonen nicht einmal die feindlichen Batterien, so daß uns nichts Anteres übrig blieb, als unverrichteter Sache wieder zurückzugehen.“ Se. Majestät beruhigte hierauf den Offizier mit dem Wort: „Nun das soll bald anders werden!“ Von da an kam gerade von Allerhöchster Stelle die unablässige treibende Energie der völligen Neugestaltung der Artillerie. Es ist dieser unmittelbare Anteil des Kaisers an den großen Erfolgen unserer Artillerie wenig im Publikum bekannt. Als dann bei einem der letzten Manöver die Artillerie vollständig fertig mit der Umbildung vorgeführt werden konnte, rief der König aus: „Jetzt können Sie kommen!“ Eine im vorigen Jahre erschene, schäfkritifirende Broschüre eines Militärs über den österreichischen Feldzug warf der Artillerie noch vor, „sie habe nur die rechten Positionen nicht zu finden gewußt“. Hente denken wir anders. Man wird sofort nach dem Kriege wieder energische Reformen und technische Verbesserungen vornehmen.

—

Der Erzbischof von Osnabrück-Posen, Graf von Ledochowski, hat der Geistlichkeit seiner Sprengels ledig Teilnahme an Wahllogationen für den Reichstag untersagt, obwohl die ihm zugegangene beschäftigte Witte mit der Erzielung kirchlich gesinnter Abgeordneten begründet worden war.

—

In Brestau wird von nationaler Seite

Sambre und Lys,

vom dem Fortschritte Kirchmann und Begler aufgeklärt, Clerical und Reaktionär stimmen verbrüderd für C. Math. v. Götz und Oberpräsident Gr. Stolz.

—

Der Erzbischof von Osnabrück-Posen,

Graf von Ledochowski,

hat der Geistlichkeit seiner

Sprengels ledig

Teilnahme an Wahllogationen für den Reichstag untersagt, obwohl die ihm zugegangene beschäftigte Witte mit der Erzielung kirchlich gesinnter Abgeordneten begründet worden war.

—

Aus Versailles vom 8. Febr. wird dem

Dress. Journal

berichtet: „Die Sterblichkeit

in Paris“ nimmt noch immer zu. Seit dem Beginn der Belagerung ist diese Zunahme eine ununterbrochen fortwährende gewesen. Im ganzen Januar starben jede Woche 300 Personen mehr als in der vorhergehenden Woche geschorben waren. Diese progressive Steigerung hält noch an. Vom 21. bis 27. Januar starben 4376, vom 28. Januar bis 3. Februar 4671, und der nächste Abschluß wird wohl die Sterblichkeit als auf nahe an 5000 anzunehmen ausweisen.

—

Aus Sévran wird der „Nat.-Bdg.“ ge

schrieben: „Liebknecht, député allemand emprisonné pour la république française, ist nunmehr auch neben Jacoby, Valulin und dem „régicide“ Tibaldi als Wahlcandidaten vorgeschlagen worden und zwar von den „Citoyens de la Faubourg“.

—

Bordeaux, 13. Febr. „Sécile“ nennt das

Wahlergebnis

diktature d'ignorance. Die in Lyon

am 14. d. erschienene

„Decentralisation“ verlangt,

die Assemblée möge

Gambetta wegen seiner Dictator

herrschaft in Amtsgesetzstand verlegen. — Eine von der Prinzessin Mathilde verfasste, in Genf erschienene

Broschüre ist über ganz Frankreich verbreitet. — An der gestrigen Lyoner Börse bewirkten Wiener Lombarden-Börse eine Baisse von 10 Francs, man notierte 375.

—

Bordeaux, 14. Febr. Jules Favre, welcher

gestern Abend nach Paris abgereist ist, hat von der

Nationalversammlung den Auftrag erhalten, mit dem

Grafen Bisмарк

wegen Verlängerung des Waffen

stillstandes zu verhandeln; die Abwesenheit Jules

Favres dürfte nur 2 Tage dauern. — Wie verläuft

wird die Pariser Regierung in Folge der

in sie gerichteten Aufrüttungen die Protocols ihrer

sämtlichen Sitzungen vom 4. September bis zum

Abschluß des Waffenstillstandes veröffentlichten.

„Sécile“ verlangt, daß die Delegation von Bordeaux ein Gleiche ihre.

(B. T.)

—

Ein Londoner Telegramm aus Bordeaux

meldet: Das Parlament ernennet nach der Präsidenten

